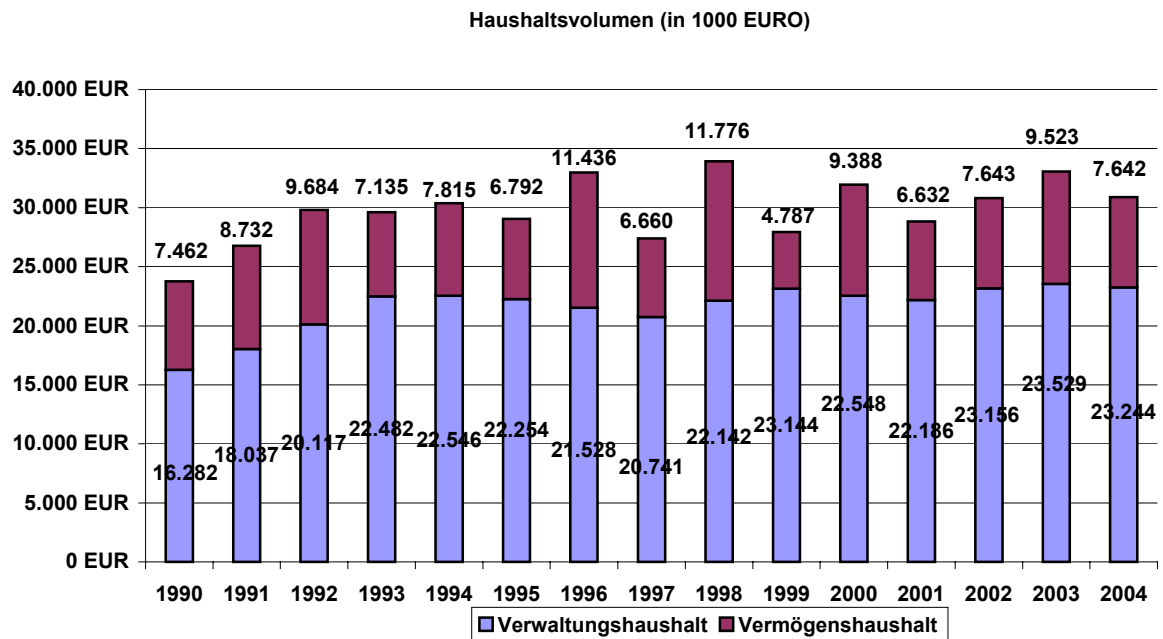


Entwurf des Haushaltsplanes 2004

Es folgen einige Übersichten zu verschiedenen Eckdaten bzw. Planungsdaten:

1. Haushaltsvolumen mit Vergleich zu den Vorjahren
2. Kreditaufnahme und Tilgung, Entwicklung Schuldenstand
3. Schlüsselzuweisung, Veränderung Finanzspielraum
4. Einkommenssteuerbeteiligung
5. Grundsteuern
6. Gewerbesteuerereinnahmen und Gewerbesteuerumlage
7. Kreisumlage
8. Personalausgaben
9. Zuführungsrate
10. Bauliche Unterhaltung
11. Bewirtschaftungskosten
12. Grunderwerb-/Veräußerung, Entwicklung Investitionen

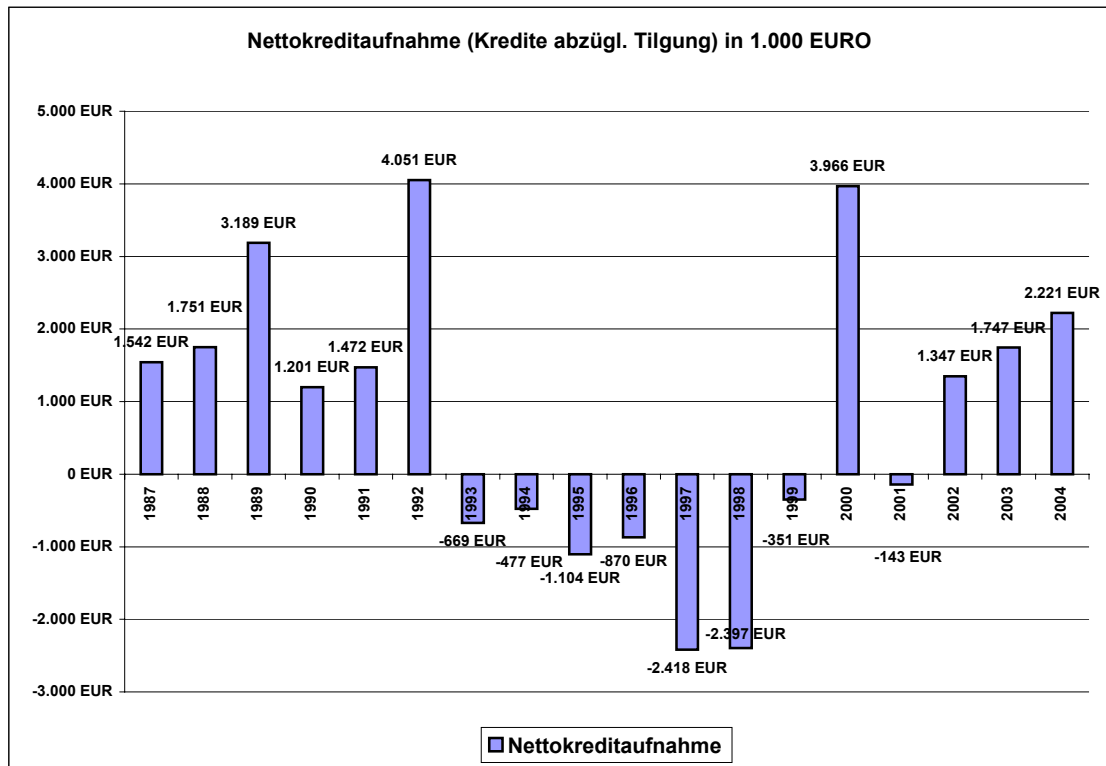
1. Haushaltsvolumen (ohne Innere Verrechnungen) - Vergleich zu den Vorjahren



In dem vorstehenden Diagramm werden die Volumina der Verwaltungs- und der Vermögenshaushalte seit 1990 ohne die inneren Verrechnungen dargestellt.

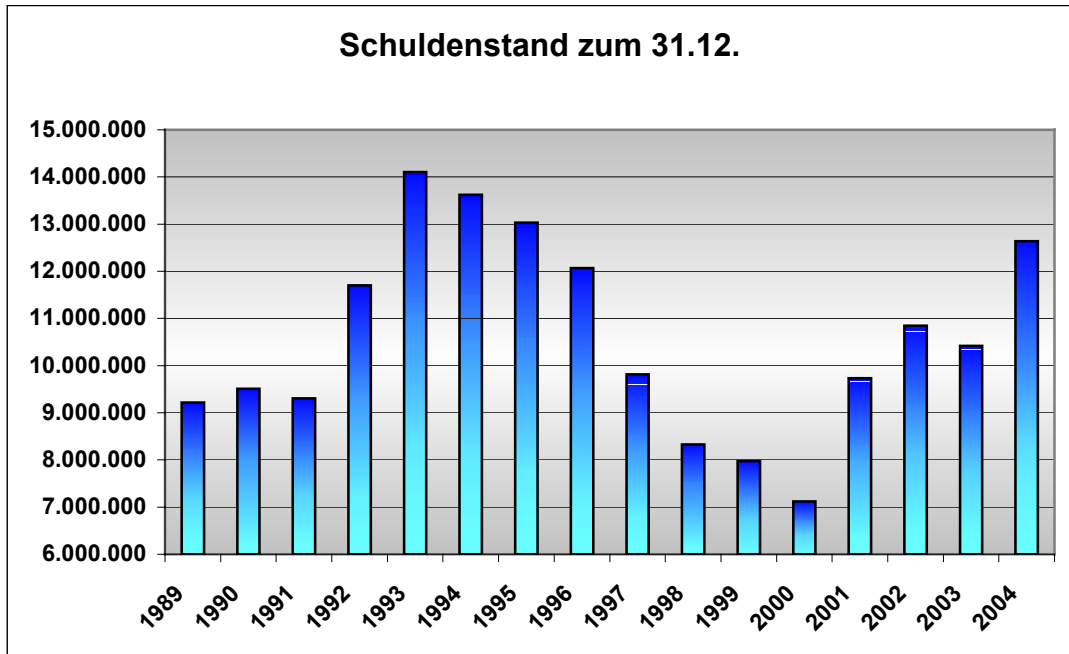
Der Gesamthaushalt 2004 bewegt sich weiter oberhalb der 30 Mio. € Grenze. Das Volumen des Verwaltungshaushaltes ist im Vergleich zu 2003 leicht gesunken, liegt aber weiterhin im Niveau der letzten fünf Jahre. Das Volumen des Vermögenshaushalt hat sich wieder auf dem Niveau von 2002 eingefunden.

2. Kreditaufnahme und Tilgung , Entwicklung Schuldenstand



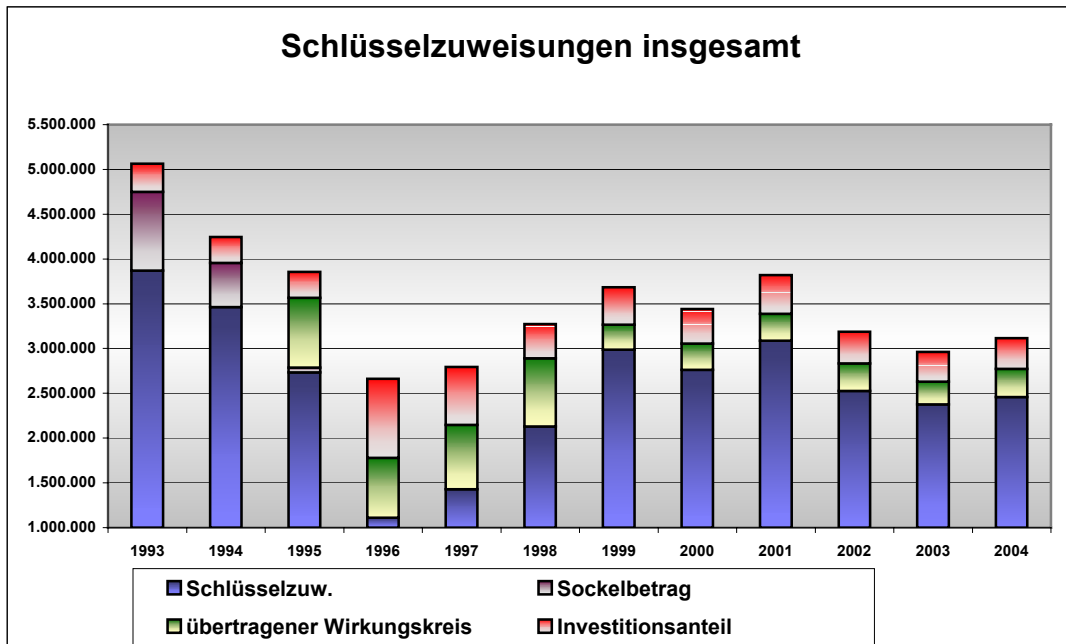
Anhand der Grafik ist nachzuvollziehen, dass sich die in 2002 beginnende Entwicklung fortsetzt und auch in 2004 der bestehende Investitionsbedarf durch weitere Kreditaufnahmen gedeckt werden muss. Rücklagen stehen als Instrument der Finanzierung nicht zur Verfügung.

Die fortlaufende Niedrigzinsphase sollte weiterhin genutzt werden, um dringend erforderliche Investitionen zu tätigen.

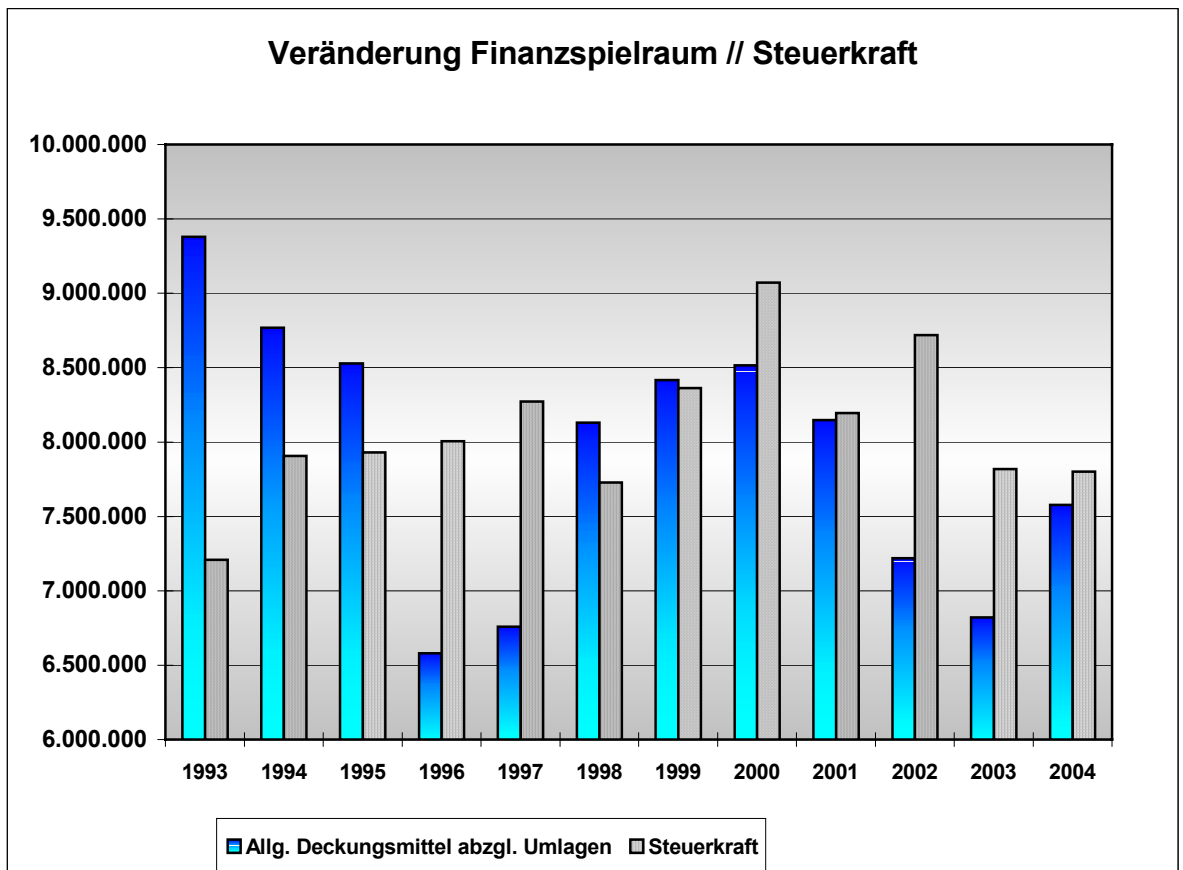


Durch den zusätzlichen Investitionsbedarf wird auch der Schuldenstand weiter steigen. Bei Umsetzung der für 2004 veranschlagten Investitionen und der damit verbundenen Kreditaufnahme ist zum 31.12.2004 ein Schuldenstand i. H. v. 12.640.000,- Euro zu erwarten. Bei den Investitionen zum Erwerb von Grundstücken (Ansatz 2004 = 1.166.000,- Euro) ist jedoch zu berücksichtigen, dass es durch den späteren Verkauf der Grundstücke in den Folgejahren zu einer Refinanzierung kommt. Die Refinanzierung durch den Verkauf von Bauland ist in 2004 mit 993.000,- Euro veranschlagt.

3. Schlüsselzuweisung



Bei den Schlüsselzuweisungen, die die Gemeinde vom Land Niedersachsen erhält, ist gegenüber dem Ansatz 2003 ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Das relativ hohe Niveau von 2001 wird aber auch in 2004 nicht wieder erreicht. Hier spiegelt sich auch die beim Land Niedersachsen vorherrschende angespannte Haushaltssituation wieder.

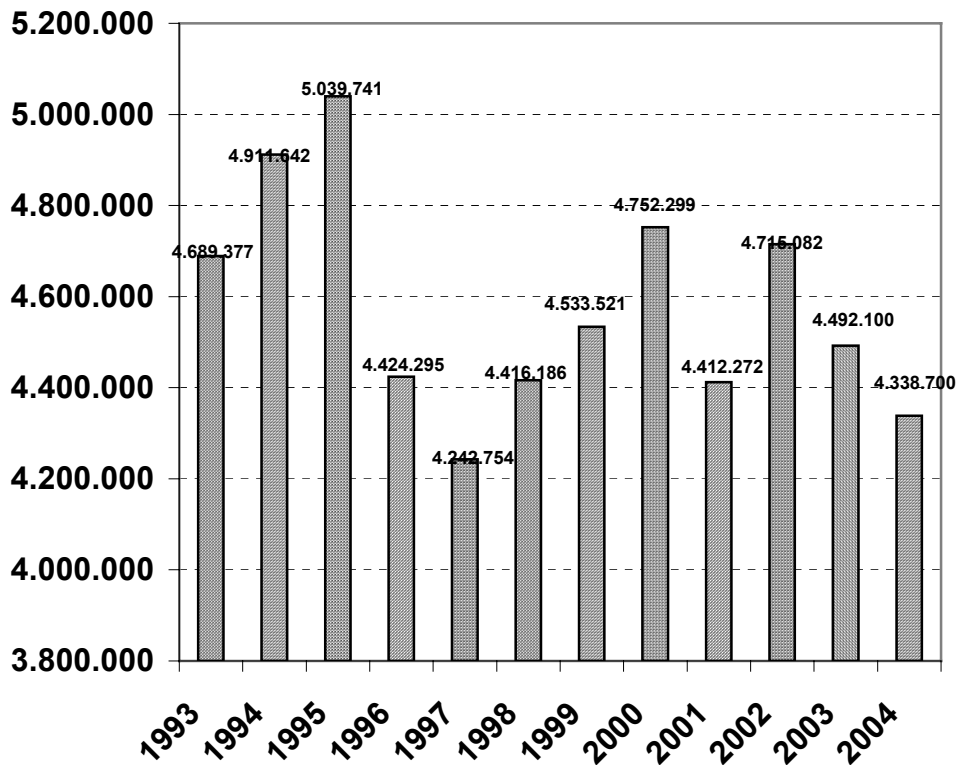


Die Steuerkraft 2004 liegt auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Bei den allgemeinen Deckungsmitteln ist 2004 wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Diese liegen nach Abzug der Umlagen bei einer Höhe von 7.577.500,- Euro.

Dennoch bleibt abzuwarten, ob sich aufgrund des Reformprozesses bei den Gemeindefinanzen nachhaltig ein Anstieg bei den allgemeinen Deckungsmitteln abzeichnet.

4. Einkommensteuerbeteiligung

Einkommensteuerbeteiligung



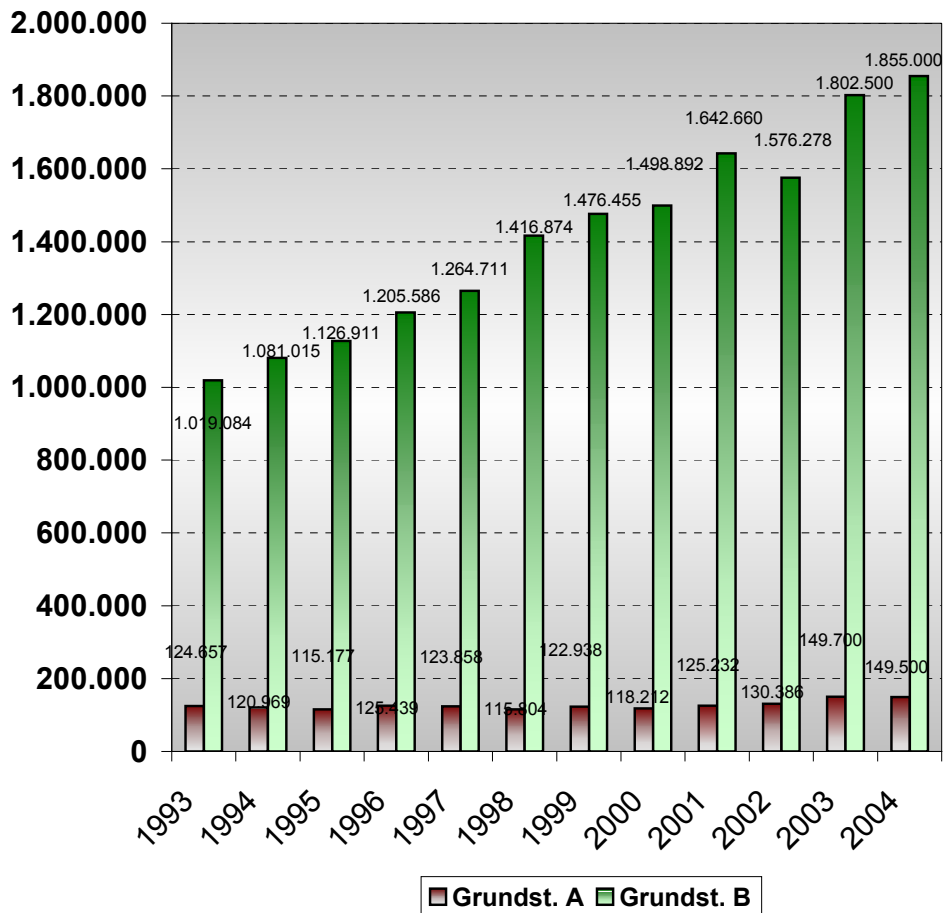
Die angespannte konjunkturelle Lage in der Bundesrepublik Deutschland spiegelt sich in der Einkommensteuerbeteiligung deutlich wieder. Wann mit einer konjunkturellen Erholung zu rechnen ist, lässt sich derzeit nicht konkret prognostizieren.

Vorerst bleibt abzuwarten, wie sich das Vorziehen der Steuerreform auf das Fiskaljahr 2004 auswirkt. Hier werden erhebliche Mindereinnahmen für die Kommunen erwartet.

Die Einkommensteuerbeteiligung berechnet sich durch eine Schlüsselzahl, die durch die private Einkommenssituation in der Gemeinde Rastede ermittelt wird. Die Schlüsselzahl ist seit 2000 unverändert.

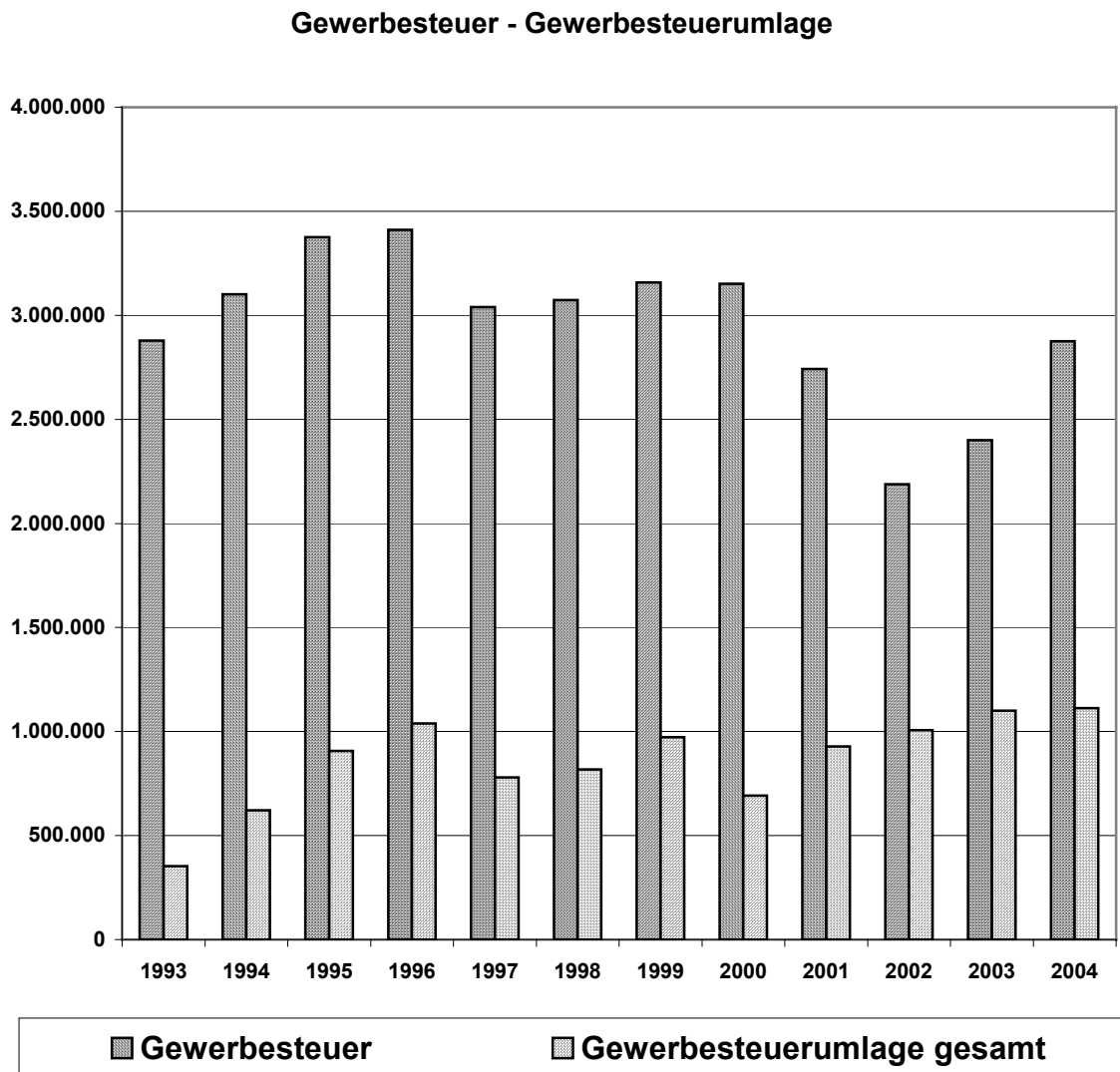
5. Grundsteuern

Grundsteuer A und B



Die Grundsteuern sind die stabilsten Einnahmen der Gemeinde, da diese konjunkturell unabhängig sind. Nachdem zum 1.1.2003 die Hebesätze für die Grundsteuer A auf 280 % und für die Grundsteuer B auf 300 % angehoben worden sind, ist gerade im Hinblick auf die Grundsteuer B ab 2003 ein deutlicher Anstieg der Einnahmen zu verzeichnen.

6. Gewerbesteuereinnahmen und Gewerbesteuerumlage



Die Gewerbesteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinde. Sie unterliegt allerdings konjunkturellen, von der Gemeinde nicht beeinflussbaren Schwankungen.

Hier stellt sich die Frage, wie sich die Reform der Gemeindefinanzen bzw. die Umgestaltung der Gewerbesteuer zur „Gemeindewirtschaftssteuer“ auf die zukünftige Einnahmesituation auswirkt und ob tatsächlich mit Mehreinnahmen zu rechnen ist.

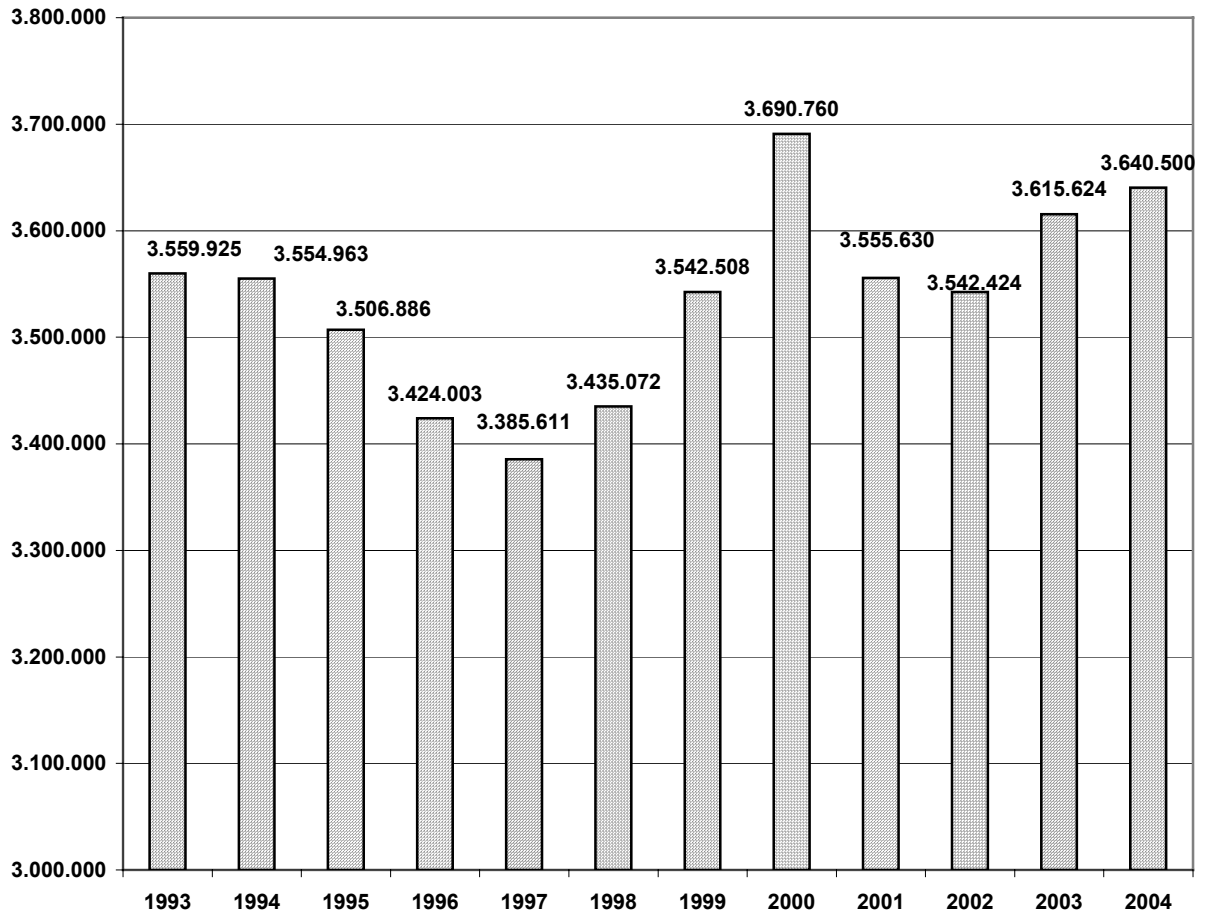
Die angekündigte „Reform der Gemeindefinanzen“ hat sich bei den Plandaten für 2004 bisher nicht niedergeschlagen. Der Ansatz in der Einnahme i. H. v. 2.875.000,- Euro resultiert aus der bisherigen positiven Einnahmeentwicklung des laufenden Haushaltsjahres 2003.

Die Gewerbesteuerumlage bemisst sich nach den im kommenden Jahr zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen und einem darauf angewendeten Umlagesatz. Auch hier zeichnet sich eine stetige Erhöhung des Umlagesatzes ab:

Jahr	Gewerbesteuerumlagesatz
2000	83
2001	91
2002	102
2003	114
2004	120
2005	120
2006	120
2007	120

7. Kreisumlage

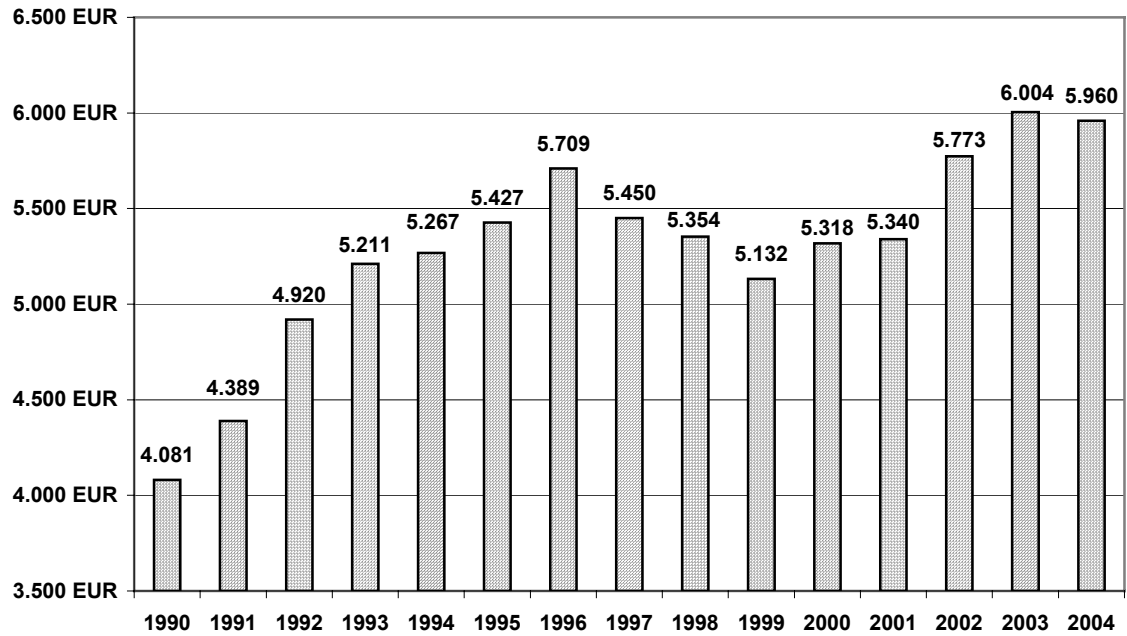
Kreisumlage



Nachdem der Landkreis Ammerland die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2003 von 31 % - Punkte auf 35 % - Punkte angehoben hat, liegt nach jetzigem Kenntnisstand kein Hinweis für eine nochmalige Erhöhung der Kreisumlage vor.

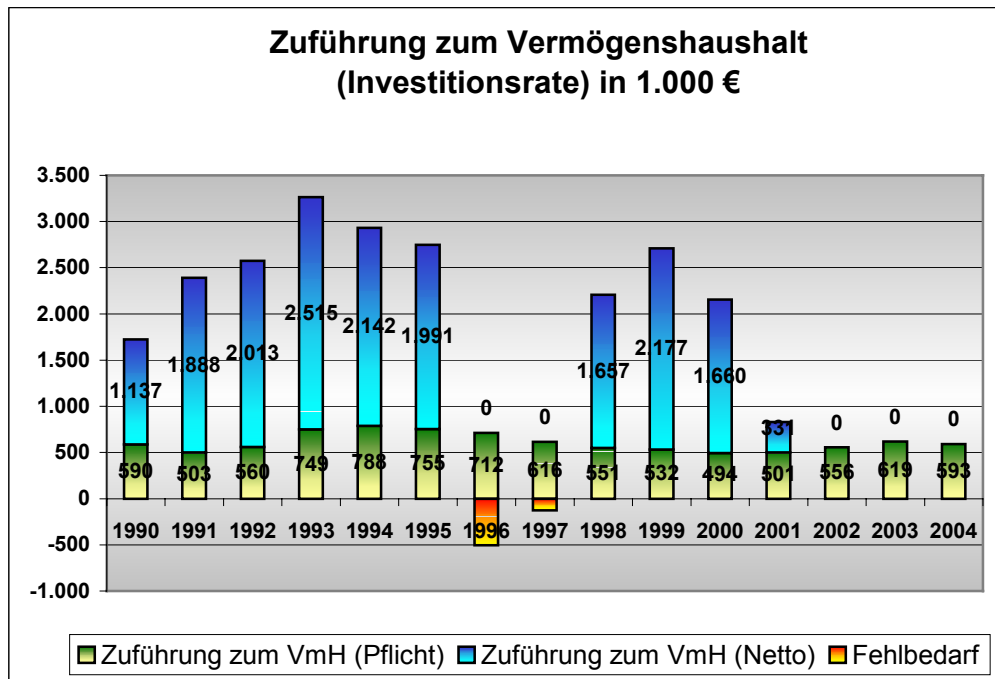
8. Personalausgaben

Personalausgaben (in 1.000 EURO)



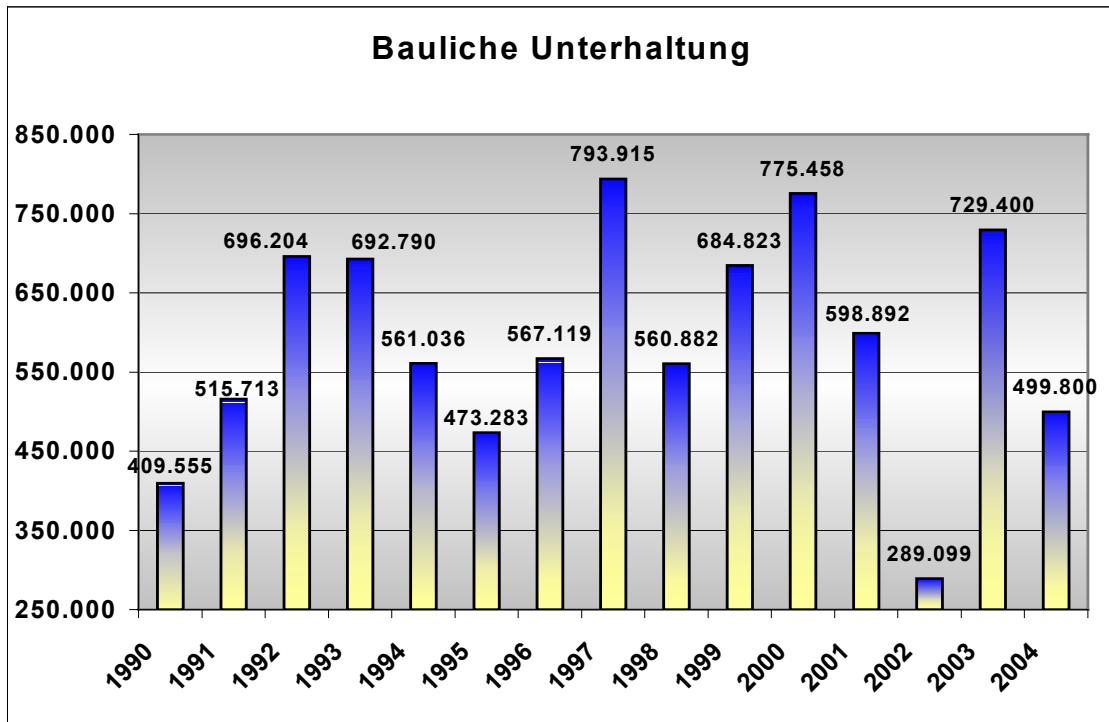
Die Personalkosten halten sich auf dem Niveau des Jahres 2003.

9. Zuführungsrate



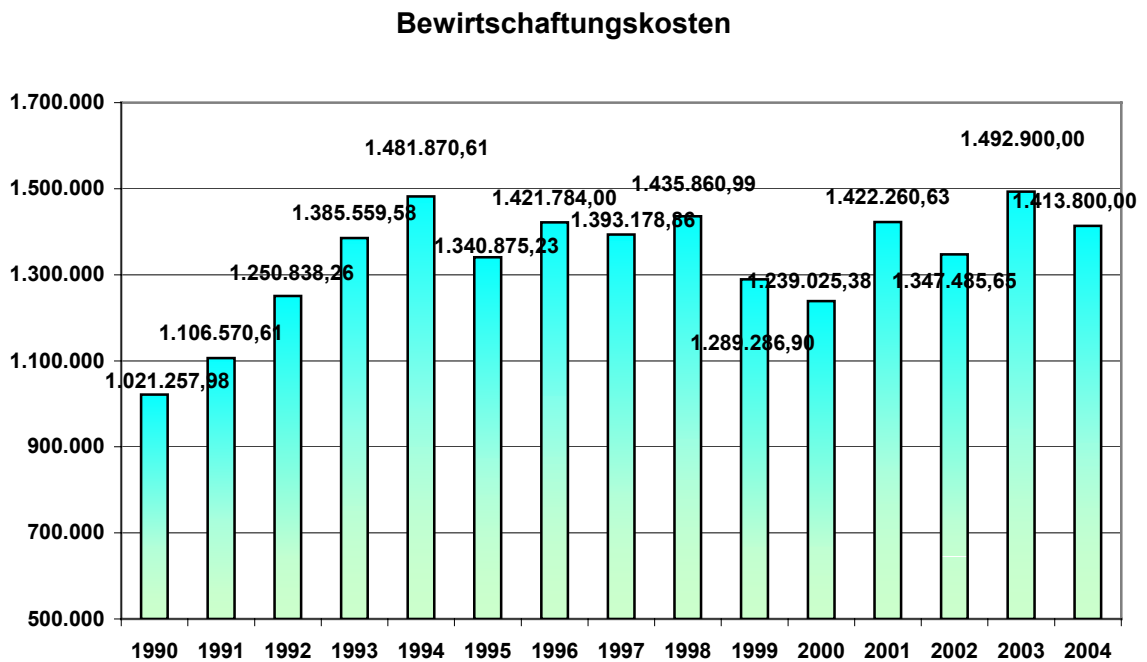
Die Zuführungsrate des Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt gibt an, in welchem Umfang die Gemeinde Ausgaben für Investitionen aus den laufenden Einnahmen erbringen kann. Inwiefern es im Jahr 2004 eine Nettoinvestitionsrate geben wird, hängt zudem davon ab, wie hoch der Überschuss aus dem Jahresabschluss 2003 ist. Die notwendige Pflichtzuführung zum Vermögenshaushalt ergibt sich nach den gesetzlichen Vorschriften in Höhe der ordentlichen Tilgung. Diese Pflichtzuführung dient dazu, dass die Gemeinde wenigstens in der Lage ist, den Tilgungsverpflichtungen aus laufenden Einnahmen gerecht werden zu können und verhindert somit eine Tilgung durch erneute Kreditaufnahmen.

10. Bauliche Unterhaltung



Um in 2004 einen Ausgleich des Verwaltungshaushaltes herbeizuführen, wurden die Mittel für die bauliche Unterhaltung des gemeindlichen Vermögens zum Erreichen des Haushaltsausgleiches heruntergefahren bzw. bei einzelnen Maßnahmen in den Vermögenshaushalt verschoben. Eine dauerhafte Reduzierung der baulichen Unterhaltung birgt aber erneut die Gefahr eines stetigen Substanzverlustes bei unseren Einrichtungen, der in Zukunft nur mit erheblichen Mehrkosten oder gar nicht mehr zu kompensieren ist.

11. Bewirtschaftungskosten



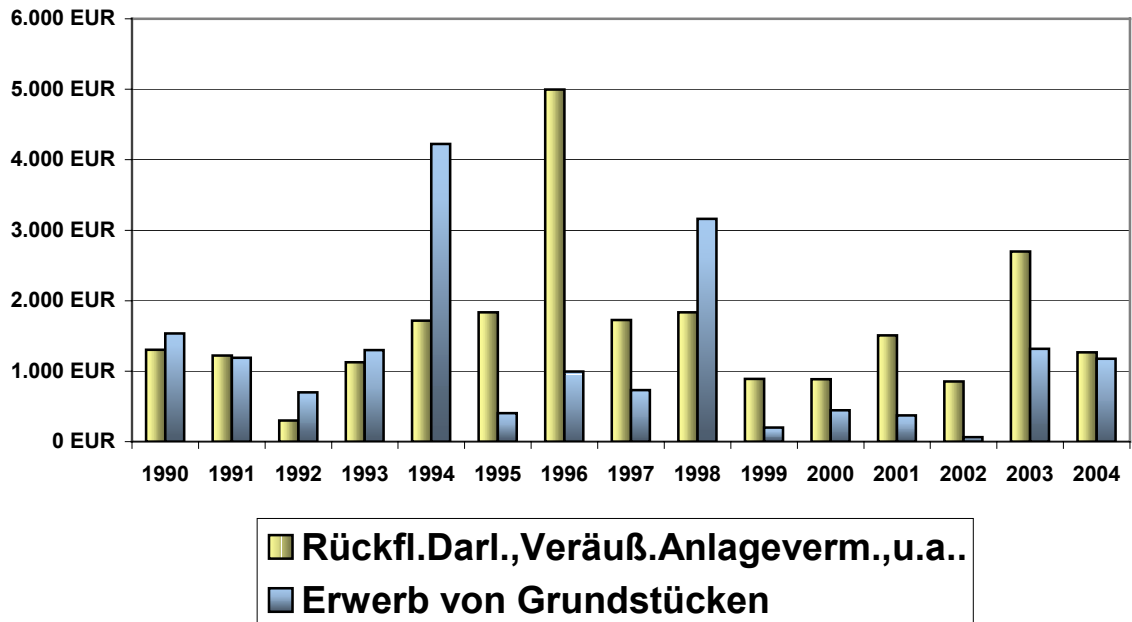
Die Bewirtschaftungskosten konnten im Vergleich zum Vorjahr um 79.100 Euro = 5,3 % reduziert werden. Dies begründet sich durch die Erneuerung/Sanierung einiger Heizungsanlagen und die im Vergleich zum Ansatz 2003 reduzierte Kalkulation des Gaspreises.

Bisher nicht berücksichtigt bei den Ansätzen für 2004 ist das steigende Preisniveau bei den Stromkosten. Bei der künftigen Stromversorgung durch die EWE ist mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen, da sich die Preise gegenüber den in der Vergangenheit abgeschlossenen Sonderverträgen deutlich erhöhen. Es ist mit einer Preissteigerung von etwa 15 % zu rechnen.

Durch den Geschäftsbereich 3 werden aufgrund dieser Entwicklung z. Z. die Ansätze für 2004 neu kalkuliert. Die neuen Ansätze sollen spätestens zu den Haushaltsberatungen im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 6.10.2003 präsentiert werden.

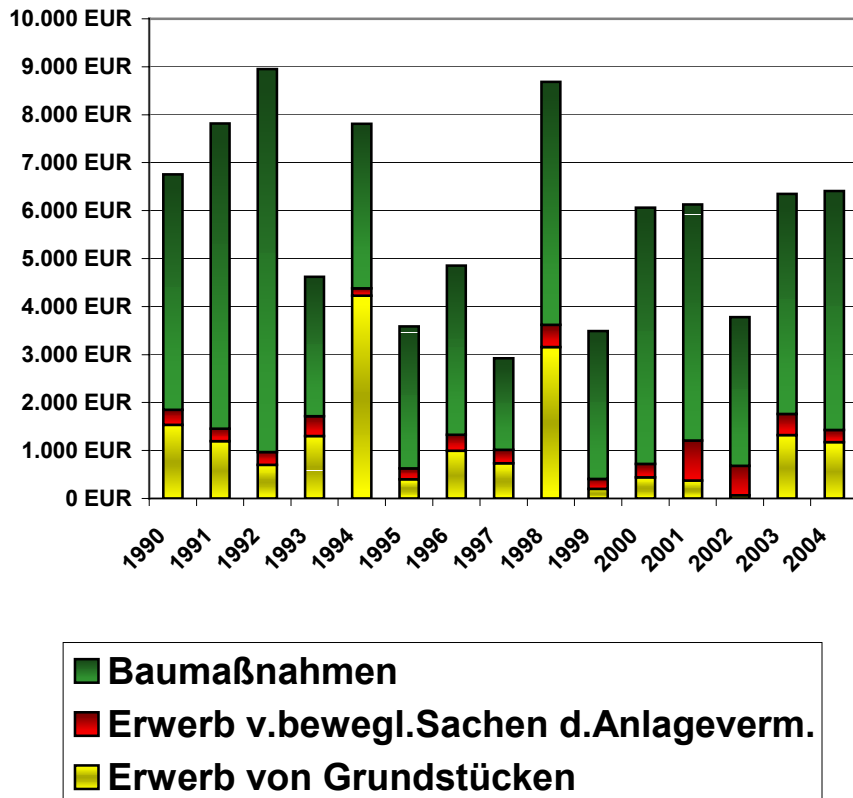
12. Grunderwerb / Veräußerungen

Veränderung Anlagevermögen (Grundstücke) in TSD. EURO



Die Veränderung des Anlagevermögens beinhaltet vornehmlich den Grunderwerb von künftigen Wohnbau- oder Gewerbeflächen und den anschließenden Verkauf dieser erschlossenen Flächen.

Entwicklung Investitionen in TSD. EURO



Die Investitionen halten sich auf dem Niveau von 2003. Die im Vermögenshaushalt mittelfristig geplanten Investitionsmaßnahmen, vor allem im Bereich Kommunalmarketing (Erwerb von Grundstücken, Ankauf von Bauerwartungsland) und Erschließung, wurden bedarfsgerecht auf die Jahre 2004 bis 2007 verteilt. Dadurch werden die Haushalte der Folgejahre gleichmäßig mit den dadurch teilweise erforderlichen Kreditaufnahmen (einschließlich der Zins- und Tilgungsbelastungen) belastet.